



KOMMUNALE ARBEITGEBER GEBEN ANGEBOT AB – MARBURGER BUND NICHT EINIGUNGSBEREIT

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und die Gewerkschaft Marburger Bund konnten auch in der 5. Verhandlungsrunde für die Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern keine Tarifeinigung erzielen.

Das Angebot der VKA vom 15. November 2024 umfasste ein Gehaltsplus von 5,5 Prozent, eine Erhöhung des Nachtzuschlags von 15 auf 20 Prozent sowie eine steuerfreie Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro, die bereits im Dezember dieses Jahres ausgezahlt worden wäre. Die angebotene Entgelterhöhung liegt bewusst über dem kürzlich erfolgten Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie. Die vorgeschlagene Vertragslaufzeit von 30 Monaten hätte für die kommunalen Kliniken Planungssicherheit gebracht.



Der Gruppenausschuss der VKA für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen hat über das Angebot abgestimmt.

Die VKA hatte den Fokus immer wieder auf die Themen Schichtarbeit und Nachtdienst gelegt und hierzu weitreichende Verbesserungsvorschläge eingebracht. Allerdings tat sich hier offenbar kein Einigungskorridor auf. Der Marburger Bund beharrt im Ergebnis unverändert auf seinen Maximalforderungen und blockiert damit jedweden Verhandlungsfortschritt. Ungeachtet dessen hat der Marburger Bund im Anschluss an die fünfte Verhandlungsrunde eine Urabstimmung beschlossen, um so eine Vollbestreikung der kommunalen Krankenhäuser im kommenden Jahr vorzubereiten.

Das Angebot:

Die **Tabellenentgelte** der Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern werden insg. um 5,5 Prozent in drei Schritten **erhöht**:

- ab 1. April 2025 um 2,0 Prozent,
- ab 1. April 2026 um weitere 2,0 Prozent und
- ab 1. Dezember 2026 um weitere 1,5 Prozent.

Die Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern erhalten eine (steuer- und sozialversicherungsfreie) **Inflationsausgleichszahlung** in Höhe von 500 Euro, Teilzeitbeschäftigte zeitanteilig.

Der **Zeitzuschlag für Nachtarbeit** wird von 15 Prozent auf 20 Prozent erhöht.

Die **Mindestlaufzeit** beträgt 30 Monate (bis 31. Dezember 2026).

“Verhandeln bedeutet, aufeinander zuzugehen und Kompromisse auszuhandeln. Wir sind dazu bereit und zeigen das durch immer neue Vorschläge und Angebote. Der Marburger Bund lässt ein vergleichbares Herangehen leider vermissen. Stattdessen wird nun die Eskalation gesucht. Das ist sehr bedauerlich.”

Dirk Köcher, Verhandlungsführer der VKA